



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Motion der FDP-Fraktion: Keine direkte Personalaufstockung durch neue Landratsvorlagen

**Autor/in:** [Christoph Buser](#)

**Mitunterzeichnet von:** Richterich

**Eingereicht am:** 14. Januar 2016

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Im Zuge der hoch gesteckten energiepolitischen Ziele wurden auf nationaler Ebene alleine im letzten Jahr in den Bereichen Umwelt und Energie gut 45 neue Stellen geschaffen wie im April dieses Jahres gewissen Medienberichten zu entnehmen war. Ambitionierte politische Zielsetzungen - kantonale und nationale - führen meist zu Personalaufstockung in der Verwaltung. Und es zeigt sich, dass dies insbesondere bei Gesetzesrevisionen der Fall ist. Statt zum Beispiel dem Landrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie Veränderungen der Verwaltungs-Aufgaben durch eine neue Landratsvorlage mit dem bestehenden Personal umgesetzt werden können, ist in den jeweiligen Vorlagen jeweils unter dem Kapitel "Personelle Auswirkungen" zu lesen, wie viel Personal zusätzlich benötigt wird.

Viel sinnvoller wäre es, wenn die Regierung dem Landrat in den Vorlagen jeweils aufzeigen würde, wie die zuständige Abteilung aufgestellt ist und wie die sich mit der Vorlage verändernden Verwaltungsaufgaben mit dem bestehenden Personal umgesetzt werden können. Dabei kann auch die Erkenntnis einfließen, dass andere Aufgaben der Abteilung entsprechend reduziert werden müssten. Damit erhält der Landrat die Möglichkeit, kritisch zu überprüfen, welche Auswirkungen eine Vorlage auf die Verwaltungsarbeit hat, ob diese Auswirkungen in Kauf genommen werden oder ob zusätzliche Stellenprozente bewilligt werden müssen.

**Die Regierung wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, die nötig sind, damit in den künftigen Vorlagen jeweils im Kapitel "Personelle Auswirkungen" aufgezeigt wird, wie die sich mit der Vorlage verändernden Massnahmen mit dem bestehenden Personal umgesetzt werden können, welche anderen Aufgaben zurückgestellt werden müssten oder weshalb keine Massnahmen möglich sind, um zusätzliche Stellenprozente zu vermeiden.**